

Bern, 9 Juni 2015

Medienmitteilung

Denken wir an künftige Generationen und stoppen den linken Ausgabenwahn

FDP lehnt die Initiative AHV Plus klar ab

Der Ständerat hat die Initiative "AHV Plus" der Gewerkschaften und Linken klar und deutlich abgelehnt. Die Initianten fordern eine Erhöhung der AHV-Rente um 10%. Wie aber sollte dies finanziert werden? Wer profitiert wirklich davon? Und was sind die Auswirkungen auf den Bundeshaushalt? Die Linke und die Gewerkschaften versuchen wie immer das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen und bieten selbst keine Lösung für die Probleme, welche ihre eigene Initiative verursacht. FDP. Die Liberalen verlangt gezielte Massnahmen Sicherung der Altersvorsorge.

Das System der Altersvorsorge muss überprüft und reformiert werden. Allerdings leeren sich die Kassen der AHV bereits heute und es ist nicht erforderlich, dies mit einer Initiative noch zu beschleunigen. Die Zahlen sprechen für sich: ohne die Initiative AHV Plus wird die Altersvorsorge im Jahre 2030 bereits ein Defizit von 8,3 Milliarden Franken aufweisen. Mit dem Vorschlag der Linken, stiege dieser Schuldenberg um weitere 5,5 Milliarden Franken an.

Der Initiative AHV-Plus ist nicht nur finanziell schlicht nicht umsetzbar, sie hilft noch nicht einmal jenen Rentnern, welche es am nötigsten hätten. Auch hier sorgt sich die Linke nur darum das Geld auszugeben, ohne zu wissen, woher es kommt und wohin es geht. Konkret könnten Menschen, welche heute Ergänzungsleistungen erhalten, gar nicht von dieser Rentenerhöhung profitieren, da ihre Zusatzleistungen einfach um den entsprechenden Betrag gekürzt werden und sie am Ende mit gleich viel dastehen. "Die Kassen plündern und die Renten unserer Kinder opfern" - das ist der Vorschlag der Linken und der Gewerkschaften.

Gezielte und dringende Massnahmen

Für die FDP ist es von zentraler Bedeutung auch an künftige Generationen zu denken. Da die AHV-Renten unserer Kinder überhaupt nicht gewährleistet sind, müssen wir schnell handeln. Die erste Sofortmassnahme ist die Harmonisierung des Rentenalters für Männer und Frauen bei 65 Jahren. Zweitens muss das System flexibler gestaltet werden: ein Rentenalter nach Mass soll auch möglich. Zudem müssen die "älteren Arbeitnehmer" eine nachgefragte Ressource auf dem Arbeitsmarkt bleiben, schliesslich sind sie reich an Wissen und Erfahrung.

Die FDP ist daher zufrieden mit dem klaren Signal des Ständerates von heute gegen die AHV-Plus Initiative. Sie verpflichtet sich ausserdem, auch diesen x-ten Entwurf der Linken und der Gewerkschaften zu bekämpfen, welcher nichts zu bieten hat ausser leeren Kassen sowie Schulden und unsicheren Renten für zukünftige Generationen!

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz**

Kontakt:

- › Felix Gutzwiller, Ständerat, 079 419 32 55
 - › Karin Keller-Sutter, Ständerätin, 071 244 18 84
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Aurélie Haenni, porte-parole romande, 079 315 78 48
-